



Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Erneuerbare Energien: ja bitte!

Die Bürger in diesem Land sind für die Energiewende, für den Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch für erhöhte Stromkosten? Die Menschen sind bereit, für erneuerbare Energien Geld zu bezahlen, keine Frage. Aber Energie muss auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleiben. Diese Diskussion wird vor allem seitens der Politik wieder intensiv geführt, vor allem seit Ende letzten Jahres die Nachfrage nach Photovoltaik – wieder einmal – sprunghaft gestiegen ist, und so die Sorge vor erhöhten Strompreisen wächst. Der Bundesumweltminister möchte die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) auf 3,5 Cent pro Kilowattstunde begrenzen. Dies wird kaum möglich sein, wenn die Nachfrage nach Photovoltaik weiterhin derart ungebremst wächst und hoch vergütet wird. Daher schlägt der Bundeswirtschaftsminister eine Deckelung vor und will den Anteil bis 2020 auf 33 Gigawatt installierter Leistung begrenzen. Davon sind 25 Gigawatt bereits installiert, im letzten Jahr allein 7,5 Gigawatt. Somit müssten im laufenden Jahr 2012 der Zubau um fast 90 Prozent auf ein Gigawatt minimiert werden. Es ist richtig, die Fördersätze zu kürzen, insbesondere da die Kosten massiv gesunken sind, der Wettbewerb stark gestiegen ist, und es noch immer aufgrund des hohen Angebots Überkapazitäten gibt. Es macht allerdings wenig Sinn, den Zubau derart stark zu kappen. Die Solarenergieanbieter leiden ohnehin an der derzeitigen Marktentwicklung und müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit vor allem im internationalen Markt unter Beweis stellen. Zudem: Nicht nur die Photovoltaik-Vergütung allein treibt die Umlage und somit den Strompreis. Auch die vielen Ausnahmen und Privilegierungen energieintensiver Unternehmen führt dazu, dass die Last auf immer weniger Verbraucher konzentriert wird, die die Umlage insbesondere für diese Kunden rasant ansteigen lässt. Zudem hängt die Entwicklung der EEG-Umlage auch von zahlreichen weiteren Faktoren ab, wie dem Zubau anderer erneuerbarer Energien insbesondere Offshore-Windenergie sowie der Entwicklung des Großhandelspreises für Strom. Die regelmäßig wieder-

kehrende Forderung der Abschaffung des EEG ist nicht zielführend. Es macht zum derzeitigen Punkt keinen Sinn, das Instrument der Förderung der erneuerbaren Energien mittels EEG-Umlage in ein Quotensystem zu ändern. Zahlreiche Studien und empirische Beweise belegen, dass Quotenmodelle ungeeignet sind, einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien effektiv voranzubringen. Da es ein Mengeninstrument ist, gibt es übrigens auch nicht automatisch die gewünschte effiziente Preiswirkung und Kostenentwicklung. Viele Länder wie beispielsweise England – wie zahlreiche andere EU-Länder – haben sich entschlossen, weg vom Quotenmodell ein Einspeisevergütungsmodell ähnlich wie in Deutschland einzuführen. Das EEG geht übrigens davon aus, dass die Vergütungssätze immer weiter abgesenkt werden müssen, bis die Technologien wettbewerbsfähig sind. Um die geologischen und ökonomischen Effizienzvorteile der einzelnen EU-Länder auszunutzen, ist es vor allem sinnvoll, den EU-Binnenmarkt und somit den Wettbewerb zu stärken. Sicherlich macht es mehr Sinn, in Griechenland Sonnenenergie zu nutzen, in Nordeuropa Wasser- und Windkraft. Um die EU-Ziele eines Anteils von 80 Prozent der Energieversorgung in den kommenden vier Jahrzehnten zu erreichen, ist noch ein langer Weg zu gehen. Und dies funktioniert nur mit einem effektiven Instrumentarium – das EEG gehört eindeutig dazu. Zudem werden die Energieeffizienzpotentiale massiv unterschätzt. Eine kluge Energiewende kann die Stromkunden im Übrigen entlasten. Anstelle sich einseitig auf die Abschaffung eines Instrumentariums zu konzentrieren, würde eine kluge Energiewende in der Tat bedeuten, dass man die Menschen darin unterstützt, was sie wollen: eine klimaschonende, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Und das bedeutet, dass man sie beim Energiesparen unterstützt. Nun muss man vor allem auch die Verbraucher animieren, dass sie dies in die Tat umsetzen und deutlich häufiger als bisher Ihren Anbieter wechseln. Wenn die notwendige Transparenz und Information über einen nachhaltig produzierten Strom vorliegt, dem wird dies sicherlich leichter fallen. Und das wäre ganz im Sinne der Minister.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Susanne Marcus
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill
Lana Stille

Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.